

Jahresbericht der DJZ 2024

Mitglieder

Im Jahr 2024 traten 20 Neumitglieder den DJZ bei. 32 Mitglieder traten aus dem Verein aus, 15 Mitglieder mussten aufgrund Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags ausgeschlossen werden, es gab einen Sektionswechsel und einen Todesfall.

Die DJZ gedenken dem verstorbenen Kurt Meier, der ein engagiertes DJZ-Mitglied aus der Gründerzeit und ehemaliges Vorstandsmitglied war. Er leistete wichtige Pionierarbeit in der Advokatur. Ende Jahr zählten die DJZ 423 Mitglieder.

Veranstaltungen

Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung am 23. Januar 2024

Am 23. Januar 2024 fand die regelmässig von den DJZ zusammen mit dem Zürcher Auditoren und Gerichtsschreiber Verein (ZAG) organisierte Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung statt. Die Veranstaltung war auch dieses Mal sehr gut besucht. Die Anwaltsprüfungskandidat*innen hatten dabei die Gelegenheit, sich bei Mitgliedern der Anwaltsprüfungskommission über Inhalt und Ablauf der Prüfungen zu informieren.

Jahresversammlung am 16. Mai 2024

Die Jahresversammlung fand am 16. Mai 2024 im Certo statt. Julia Heer und Lea Fritsche wurden als Vorstandsmitglieder verabschiedet und verdankt. Ebenfalls wurde Leandra Columberg als Geschäftsführerin verabschiedet und verdankt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Adam Arend, Antigone Schobinger, Karl Kümin, Mara Maggi, Nadja Zink und Raphael Moos wurden wiedergewählt. Die Geschäftsführung wurde per 1. Mai 2024 von Premton Haziri übernommen.

Anschliessend wurden die neue Webseite und das neue Logo der DJS und DJZ vorgestellt, welche nach langer Anlaufzeit im Mai 2024 aufgeschaltet wurden. Schliesslich wurde noch die beantragte Erhöhung der Mitgliederbeiträge diskutiert und angenommen.

Nach dem statutarischen Teil hielt RA Friedrich Frank ein Referat zur Thematik «Verteidigung im Verwaltungsstrafrecht», in dem er die geplante Revision des VStR aus verschiedenen Perspektiven beleuchtete und vielen Mitgliedern eine spannende, erste Berührung mit der Orchideendisziplin des Verwaltungsstrafrechts ermöglichte. Anschliessend fand eine angeregte Diskussion zu den aufgeworfenen Fragen statt. Abgeschlossen wurde der Abend mit einem Abendessen bei guter Atmosphäre und zahlreichen anwesenden Mitgliedern.

Veranstaltung zur neuen Berechnung der Genugtuung am 6. Juni 2024

Bei der Bestimmung der Genugtuung gilt das richterliche Ermessen. Ist das ein Freipass für die Gerichte? Die Orientierung an Präjudizien aus dem Fundus von Urteilen ist nicht einfach, zumal diese oft nicht im Volltext verfügbar sind und kaum ersichtlich wird, ob sie im Straf-, im Zivil- oder im Opferhilferecht ergangen sind. DJZ Mitglied Martin Hablützel, Rechtsanwalt und Fachanwalt SAV für Haftpflicht- und Versicherungsrecht, orientierte in einem Referat über die zentralen Aspekte bei der Berechnung der Genugtuung und zeigte ein Modell auf, wie die Genugtuung im Einzelfall bemessen werden könnte und wie man sich als Anwält*in in der "Blackbox" der aktuellen Genugtuungsberechnung einigermassen zu Recht findet.

Sommerfest am 29. August 2024

Das alljährliche Sommerfest der DJZ fand am 29. August 2024 im Restaurant zum alten Löwen statt. Es erfreute sich wieder grosser Beliebtheit und bot Raum für einen anregenden Austausch und spannende Gespräche. Die anwesenden Mitglieder genossen ein gutes Essen in angenehmer Atmosphäre.

Veranstaltung zu ausgewählten strafprozessualen Problemen aus Geschädigtensicht am 26. November 2024

Am 1. Januar 2024 ist die neue StPO in Kraft getreten. Sie brachte für alle Beteiligten eines Strafverfahrens teils erhebliche Änderungen mit sich. Prima facie soll dabei ein Ausbau der Rechte von Geschädigten erfolgt sein. Bei genauerer Betrachtung sind aber Schwachstellen der Revision auszumachen. Auch bei der Rechtsprechung hat es substantielle Entwicklungen gegeben, die einer kritischen Würdigung bedurften. DJZ Mitglied Dr. Claudia Schaumann, Rechtsanwältin und Fachanwältin SAV für Haftpflicht- und Versicherungsrecht, orientierte in einem Referat über einige ausgewählte Problemkreise aus Geschädigten- und insbesondere Opfersicht. Der Fokus lag dabei nicht auf den Neuerungen an sich, sondern auf ersten Erfahrungen mit Gesetz und Rechtsprechung.

Stellungnahmen

Auskunftsgesuch bei den Bezirksgerichten

Im Januar 2024 erfragten die DJZ wie bereits im Jahr zuvor via Auskunftsgesuch bei den Bezirksgerichten statistische Auswertungen im Bereich der Ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen, Fürsorgerischen Unterbringungen sowie zu Untersuchungs- und Sicherheitshaft. Das Zahlenmaterial aus dem Jahr 2023 bestätigte in einigen Bereichen die im Jahr zuvor durch die Auswertungen aufgezeigten Missstände.

So waren die Vertretungsverhältnisse im Bereich der fürsorgerischen Unterbringungen auch im Jahr 2023 auffallend niedrig. Der DJZ-Vorstand sieht hier weiterhin grossen Handlungsbedarf. Die DJZ haben sich im Rahmen der Revision des EG KESR und mit einem Schreiben an die JI diesbezüglich eingebracht.

Auch die Gutheissungsquote bei den Zwangsmassnahmengerichten im Strafprozess war mit über 90% noch immer erschreckend hoch. Es wurde also praktisch immer zugunsten der Staatsanwaltschaft entschieden.

Der DJZ-Vorstand wird das mittels Auskunftsgesuch erhaltene Zahlenmaterial auch in den kommenden Jahren anfragen und die Thematik weiterhin kritisch begleiten.

Vernehmlassung zur Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren

Die DJZ hatten sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren geäussert.

In unserer Stellungnahme hielten wir fest, dass wir den Entwurf grundsätzlich begrüssen. Allerdings äusserten wir unsere Bedenken über die Regelung des zentralen Webzugangs über die Staatskanzlei. Ausserdem kritisierten wir, dass im Entwurf keine Bestimmungen darüber enthalten war, wie das Amtsgeheimnis und der Datenschutz eingehalten werden sollten.

Vernehmlassung zum Gesetz über digitale Basisdienste

Die DJZ äusserten sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Gesetz über digitale Basisdienste.

In unserer Stellungnahme kritisierten wir zum einen, dass der aktuelle Entwurf nicht zwischen privaten und professionellen Zugängen zu den Basisdiensten unterscheidet, was aber für Anwält*innen von grosser Wichtigkeit wäre. Ausserdem äusserten wir Bedenken darüber, dass das ausschliesslich digitale Anbieten behördlicher/gerichtlicher Dienstleistungen viele Personen vom Zugang zu den entsprechenden Diensten ausschliessen könnte.

Stellungnahme zum Vorentwurf und erläuterndem Bericht zur Änderung des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (Änderung; Elektronische Verfahrenshandlungen)

Die DJZ begrüsst den Gesetzesentwurf. Einziger kleiner Anlass zu Bemerkungen war die unklar formulierte Definition von "elektronischer Kommunikation". Hier wurde eine klarere Definition gefordert.

Vernehmlassung zur EG KESR Revision: Verschiedene Anpassungen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (Zusammensetzung KESB, Verfahren, Rechtsmittelzug, Perimeter Berufsbeistandschaften, Aktenaufbewahrung Beistandspersonen)

Die DJZ begrüsst das vorgelegte Revisionspaket im Grundsatz. Wir waren nicht zufrieden damit, dass das Thema FU aus der Revision gänzlich ausgeklammert wurde. Bei den vorgelegten Themen wurde aus rechtsstaatlichen Überlegungen Kritik angebracht an den weitreichenden Delegationsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den mündlichen Anhörungen (§ 51 EG KESR). Wir beantragten sodann - u.a. unter Hinweis auf Weisung der Justizdirektion vom 19. Februar 2016 – den Erlass zusätzlicher kantonaler Ausführungsbestimmungen betreffend die Beiordnung von Kindesverfahrensvertretungen.

Vernehmlassung zum Straf- und Justizvollzugsgesetz

Die DJZ äusserten sich gemeinsam mit dem ZAV im Rahmen der Vernehmlassung zum Straf- und Justizvollzugsgesetz (Änderung: Zuständigkeiten bei der Entlassung aus dem stationären Massnahmenvollzug). Die Schweiz wurde in diesem Zusammenhang zweimal vom EGMR wegen Verletzungen von Art. 5 Abs. 4 EMRK gerügt. In beiden Fällen ging es darum, dass über das jeweilige Haftentlassungsgesuch kein richterlicher Entscheid innerhalb einer kurzen Frist zustande gekommen war.

Das JI hat zur Behebung dieses Missstandes drei Varianten vorgeschlagen, die zu einer Beschleunigung der Behandlung von Haftentlassungsgesuchen führen sollen. Im Ergebnis erachteten wir alle drei Varianten in ihrer vorgeschlagenen Form als ungenügend.

Vernehmlassung zum Vorentwurf und erläuterndem Bericht zur Änderung des Straf- und Justizvollzugsgesetz (StJVG; Änderung; Anpassungen Justizvollzug)

Die DJZ äusserten sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des StJVG. Die umfassende Regelung von Electronic Monitoring, der Überwachungsmassnahmen, der Datenbearbeitung und Datenbekanntgabe sowie der Umsetzung der Musterregelung KKJPD gab zu keinen Bemerkungen Anlass. Dagegen weckte die unter «Weitere Anpassungen» angeführte, geplante Einführung der Parteistellung für den Justizvollzug und Wiedereingliederung in Verfahren bei selbständigen nachträglichen Entscheiden des Gerichts nach Art. 363-365 StPO Bedenken, welche die DJZ in die Vernehmlassung trugen.

Nationale Stellungnahmen

Die DJS liessen sich auf nationaler Ebene im Jahr 2024 zu folgenden Vorlagen vernehmen:

- Vernehmlassung zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Anwesenheitspflicht in Camps, neuer Haftgrund, Ausweitung Einreiseverbot, Zugriff auf persönliche Daten)
- Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung über die Förderung der ausser-schulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (KJFV)
- Vernehmlassung zur Standesinitiative SG: Keine Verjährungsfristen für Schwerst-verbrecher
- Vernehmlassung zum Bundesgesetz über das Verbot der Hamas sowie verwandter Organisationen
- Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Anpassung der Wartefrist beim Familiennachzug von vorläufig Aufgenommenen)
- Vernehmlassung 2024/58 Reporting (Gegenvorschlag KOVI)
- Vernehmlassung 2024/62 zur 23.403 Pa. Iv. SiK-N Änderung des Kriegsmaterial-gesetzes (KMG)
- Vernehmlassung zur Weiterentwicklung des Schengenbesitzstand sowie Änderun-gen des Ausländer- und Integrationsgesetzes
- Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zum EU-Migrations- und Asylpakt (Weiterentwicklungen des Schengen-/Dublin-Besitz-stand

Die Stellungnahmen im Namen der DJS können unter www.djs-jds.ch eingesehen werden, die-jenige im Namen der DJZ unter www.djz.ch.

Weiteres Engagement der DJZ

Schreiben an Justizdirektion betr. besserer Rechtsschutz bei FU

Die DJZ unterbreiteten der kantonalen Justizdirektion am 6. März 2024 ein Schreiben mit um-fassenden Vorschlägen zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Freiheitsentzug i.S.v. Art. 5 EMRK in den Bereichen der fürsorgerischen Unterbringung nach Art. 426 ff. ZGB, der auslän-derrechtlichen Administrativhaft nach Art. 75 ff. AIG und im Strafvollzug. Es wurde seitens der DJZ der Wunsch geäussert, die Vorschläge in die laufende EG KESR Revision einfliessen zu las-sen. Die Justizdirektion hat sämtliche in diesem Schreiben angesprochenen Themen bedauerli-cherweise aus der Revision genommen, um sie nicht mit "zu viel umstrittenen Themen zu über-laden". Die DJZ bleiben an diesem Thema dran und versuchen nun über den parlamentarischen Weg, den gemachten Vorschlägen zum Durchbruch zu verhelfen.

Schreiben an die Stadtpolizei und Universitätsleitung

Am Freitag, 17. Mai 2024 fand im Lichthof des Hauptgebäudes der Universität Zürich unter dem Motto «Students for Palestine» eine friedliche Kundgebung statt. Im Rahmen dieser Kundgebung kam es an der UZH zu einem grossen Polizeieinsatz. Die Stadtpolizei Zürich rückte in Richtung Hauptgebäude der Universität Zürich aus. Im Rahmen ihres Einsatzes blockierten Beamt*innen der Stadtpolizei Zürich während mehreren Stunden sämtlich Ein- und Ausgänge des UZH-Hauptgebäudes, kontrollierten alle Personen, welche das Gebäude betreten wollten und wiesen einen Teil der Kontrollierten nach eigenem Ermessen mündlich vom UZH-Gelände weg. Die DJZ haben das Rektorat der UZH und die Stadtpolizei Zürich mit dem Einsatz konfrontiert und um Begründung für das rigorose Vorgehen sowie um Darlegung von Konzepten für die künftige Wahrung der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit ersucht. Beide Behörden vermochten keine zufriedenstellenden Antworten zu liefern und beschränkten sich auf bescheidene Beschwichtigungen und Relativierungen in geschliffener PR Sprache. Eine Nachfrage an die UZH, ob sie für das neue Semester Konzepte erarbeitet hat, um ähnlichen Eskalationen vorzubeugen und die Grundrechte der Studierenden zu wahren, blieb schliesslich unbeantwortet.

Finanzielle Unterstützung

Die DJZ unterstützen nach Möglichkeit Prozesse mit Grundsatzcharakter mit einem finanziellen Beitrag, meist in Form einer subsidiären Kostengutsprache. Es wurde eine Beteiligung in Höhe von 1/3 der Kosten für eine Beschwerde gegen die Kontrollen im PJZ an Stephan Bernard gesprochen.

Vernetzung/Kooperation

Kritische Jurist*innen

Die DJZ arbeiteten nach wie vor mit den Kritischen Jurist*innen – einer Gruppe von linken Jus-Studierenden der Universität Zürich – zusammen. Mehr Informationen zu den kritischen Jurist*innen findet ihr auf Instagram (www.instagram.com/krijur.zh).

Demokratische Jurist*innen Schweiz (DJS)

Auch im Jahr 2024 fanden zahlreiche DJS-Sitzungen statt, an welchen sich in der Regel mindestens ein*e Vertreter*in der DJZ beteiligte. Die Delegiertenversammlung 2024 fand am 8. Juni in Basel statt. Sicherlich grösste Neuerung im Jahr 2024 war die strukturelle Entkoppelung zwischen DJS und Plädoyer. Die DJS und mit ihnen alle Sektionen bis auf Zürich haben das Plädoyer Abo als integralen Bestandteil der Vereinsmitgliedschaft abgeschafft. Als Folge davon wird aktuell zusammen mit den Sektionen der Ausbau der Geschäftsstelle sowie die Schaffung eines eigenen Publikationsorganes geprüft.

Essen der oberen Gerichte und des Zürcher Anwaltsverbandes (ZAV)

Die DJZ wurden zu den Jahresessen des Verwaltungsgerichts, des Obergerichts, des Sozialversicherungsgerichts und des ZAV eingeladen. An diesen Essen nahmen jeweils Vertreter*innen der DJZ teil und nutzten die Möglichkeit, im persönlichen Gespräch für die DJZ wichtige Themen anzusprechen und dafür zu lobbyieren.

Austausch mit dem Migrationsamt, Verwaltungsgericht Zürich und weiteren Behörden

Am 18. Juni 2024 fand eine Sitzung zwischen Vertreter*innen des Migrationsamts Zürich (MA) und Rechtsanwält*innen der DJZ statt. Von Seiten der DJZ anwesend waren unsere Vorstandsmitglieder Antigone Schobinger und Nadja Zink sowie Babak Fargahi. Besprochen wurden diverse Themen, welche die Anwaltschaft beschäftigen und unter anderem von Seiten der Mitglieder an uns herangetragen wurden.

Das Gespräch zeigte, dass das Migrationsamt Zürich mit einer hohen Arbeitsbelastung konfrontiert ist und an verschiedenen Verbesserungen arbeitet, um die Effizienz zu steigern und den Bedürfnissen der Rechtsvertreter*innen und Gesuchsteller*innen besser gerecht zu werden. Ein Ergebnis dieser Gespräche ist, dass das Migrationsamt eine separate Telefonnummer für Anwält*innen eingerichtet hat, wo die Wartezeiten kürzer sein sollten. Die DJZ gedenken, einen Austausch dieser Art von nun an periodisch, etwa alle 1.5 Jahre durchzuführen. Inputs hierfür werden laufend gesammelt und können jederzeit an den Vorstand getragen werden.

Die DJZ wurden zudem vom Verwaltungsgericht Zürich für einen Austausch über aktuelle Anliegen eingeladen. Im Vorfeld riefen die DJZ die Mitglieder dazu auf dem Vorstand ihre Anliegen zu melden. Zwei Vertreterinnen des Vorstandes brachten diese Anliegen wie bspw. das Thema Parteientschädigung oder Umsetzung des Pilotprojekts Justitia 4.0 anschliessend im Austausch mit dem Verwaltungsgericht ein.

Auch mit Vertreter*innen des UGZ fanden Gespräche statt. Die Sitzung diente der Klärung und Verbesserung laufender Projekte und Abläufe in den UGZ. Hauptthemen waren die Umsetzung der Haftphase 3, digitale Kommunikation, Besuchsregelungen und praktische Probleme bei der anwaltlichen Arbeit.

Die DJZ sind stets bemüht, mit allen Behörden des Kantons, welche in der Verantwortung stehen, einen grundrechtskonformen Rechtsschutz zu gewährleisten, einen formalisierten Austausch zu etablieren.

Zürich, im April 2025



Premton Haziri
Geschäftsführer DJZ